



ÖSTERREICHISCHE  
REKTORENKONFERENZ

JAHRESBERICHT 2006



ÖSTERREICHISCHE  
REKTORENKONFERENZ



**Impressum:**

**Herausgeber und Medieninhaber** | Österreichische Rektorenkonferenz

Generalsekretariat | Liechtensteinstraße 22 | A-1090 Wien

Tel.: 01/310 56 56-0 | Fax: 01/310 56 56-22 | E-Mail: [office@reko.ac.at](mailto:office@reko.ac.at) | [www.reko.ac.at](http://www.reko.ac.at)

**Redaktion** | Manfred Kadi | Generalsekretariat

**Gestaltung** | Grafik-Atelier Heuberger | Wien | **Fotos** | MEV | Franz Pflügl | Archiv

**Druck** | Kärntner-Druckerei | Klagenfurt

## INHALT

KOMMENTAR PRÄSIDENT BADELT .....	2
KOMMENTAR GENERALSEKRETÄR WULZ .....	3
KOMMENTAR EUA-PRÄSIDENT WINCKLER .....	4
GRUSSWORT STAATSMINISTER GOPPEL .....	5
INTERVIEW MITTELSTRASS – WISSENSCHAFTSRAT .....	6
KOMMENTAR KRATKY – FWF .....	8
KOMMENTAR HERLITSCHKA – FFG .....	9
INTERVIEW FAULHAMMER – BMBWK .....	10
JAHRESRÜCKBLICK .....	12
DOKTORATSSTUDIEN .....	14
LEISTUNGSVEREINBARUNGEN .....	16
KOMPETENZZENTREN .....	18
FREM DENRECHT .....	20
KOLLEKTIVVERTRAG .....	22
KUNSTUNIVERSITÄTEN .....	24
MEDIZINUNIVERSITÄTEN .....	25
MEDIENECHO .....	26
POST AUS ÜBERSEE .....	27
ORGANE DER REKTORENKONFERENZ .....	28
GENERALSEKRETARIAT .....	31

## KEIN ENDE DER BAUSTELLEN IN DER HOCHSCHULPOLITIK



**Christoph Badelt**  
Univ.-Prof. Dr.  
Präsident

**R** Die Wachablöse am Wiener Minoritenplatz war von allen Personalrochaden als Folge des Wahlergebnisses vom 1. Oktober 2006 wohl das für die Universitäten markanteste Ereignis. Elisabeth Gehrter trat nach mehr als elf Jahren als Chefin im Bildungsministerium, davon fast sieben Jahre als Wissenschaftsministerin, mit Jahresende von der politischen Bühne ab. Die Zusammenarbeit mit der Rektorenkonferenz war von konjunkturellen Klimaschwankungen geprägt, in den letzten Jahren hatte sich aber eine tragfähige Basis, flankiert von wechselseitiger Wertschätzung, ergeben. Auch wenn die Ministerin zuletzt vor allem medial unter ihrem Wert geschlagen wurde, sind die Rektoren überzeugt, dass Gehrter's Verdienste um die Universitätsreform, die Umsetzung des UG 2002, in den kommenden Jahren die gebührende Würdigung finden werden. Der Nachfolger im nunmehrigen Ministerium für Wissenschaft und Forschung, Johannes Hahn, hat in den ersten Wochen nach seiner Angelobung – wie auch seine Vorgängerin – keinerlei Berührungängste mit der Rektorenkonferenz gezeigt und erkennen lassen, dass er die Herausforderungen in Angriff zu nehmen gedenkt. Derer finden sich, gleichsam als offene Baustellen, auch nach den ersten

drei Jahren der Universitätsautonomie sonder Zahl: von der ungelösten Frage des Hochschulzugangs über die notwendige Steigerung der staatlichen Ausgaben für den tertiären Bildungssektor, die unzumutbaren Paragraphen im Fremdenrecht bis zu dem reparaturbedürftigen Instrumentarium der Leistungsvereinbarungen und des Formelbudgets. Angesichts dieser brennenden Probleme mutete es im abgelaufenen Jahr phasenweise unverständlich an, mit welcher Verbissenheit die politischen Parteien auf Nebenschauplätzen der Hochschulpolitik agierten, etwa beim Ringen um die Studiengebühren und allfällige Ausnahmeregelungen. Der vor dem Wahltermin präsentierte Forderungskatalog der Rektorenkonferenz – darunter die Einführung einer kapazitätsgerechten Finanzierung der Studienplätze – wird die Messlatte für die wohlfeilen Ankündigungen im Regierungspakt sein. Eine lohnende Aufgabe, insbesondere am Beginn einer Legislaturperiode, wäre zudem die Erstellung eines überfälligen Entwicklungskonzepts für den gesamten Hochschulsektor. Die Rektorenkonferenz ist gern bereit, an einem derartigen Projekt für eine abgestimmte Weiterentwicklung des tertiären Bereichs mitzuarbeiten.

## DIE TÜCKEN DER AUTONOMIE ALS WECHSELSEITIGER LERNPROZESS



**Heribert Wulz**  
Mag.  
Generalsekretär

Das Arbeitsjahr 2006 stand im Zeichen wesentlicher Implementierungsschritte der Universitätsreform von 2002. Erstmals waren Wissensbilanzen zu erstellen, vor allem aber wurden die neuen Finanzierungsmechanismen – Leistungsvereinbarung und Formelbudget – erstmalig eingesetzt.

Diese Finanzierungsmodi bedeuten zweifellos einen Fortschritt, insbesondere was die Herstellung von finanzieller Planungssicherheit über mehrere Jahre betrifft. Dennoch müssen die ersten praktischen Erfahrungen als durchwachsen bezeichnet werden. Schwierigkeiten in der „technischen“ Umsetzung sind augenscheinlich und zumindest teilweise auch verständlich, bedeutet die neue Form der Budgetierung doch einen Lernprozess sowohl für die Universitäten als auch für das Ministerium.

Die wohl gravierendste Schwäche der Verfahren liegt aber auf einer anderen Ebene: Völlig zu Recht setzt das UG 2002 Planungsprozesse bottom-up auf, jegliche Entwicklung wird von den autonomen Universitäten – über die Entwicklungspläne und daran anknüpfend die Entwürfe der Leistungsvereinbarungen – angestoßen. Wie aber wird sichergestellt, dass viele

autonome Planungsprozesse ein stimmiges Ergebnis erbringen? Nach welchen Kriterien wird entschieden, welche Planungen und Projekte der Universitäten öffentliche Finanzierung erhalten und welche nicht?

Es bedarf also transparent formulierter politischer Vorstellungen, und zwar nicht nur hinsichtlich der Universitäten, sondern des gesamten tertiären Bildungsbereichs. Dabei geht es keineswegs um die Schaffung einer Art bürokratischer Planwirtschaft, sondern um klar umschriebene Rahmenbedingungen, ohne die ministerielle Entscheidungen nicht diskutiergeschweige denn überprüfbar sind und ohne die Verteilungsgerechtigkeit und Leistungsanreize nicht hergestellt werden können.

Eine Gesamtstrategie des tertiären Bildungsbereichs muss klarere Vorstellungen hinsichtlich der Profile und Aufgaben der unterschiedlichen Typen von Institutionen entwickeln und sich mit einer Reihe von Brüchen und Widersprüchen auseinandersetzen, über die sich die politische Alltagsdiskussion allzu leicht hinwegschwindelt. Einen ersten Ansatzpunkt könnte und sollte eine dringlich erforderliche stimmige Neuregelung des Hochschulzugangs bilden.

## STARKE UNIVERSITÄTEN FÜR EIN „EUROPA DES WISSENS“



**Georg Winckler**  
Univ.-Prof. Dr.  
Präsident der European  
University Association - EUA

**W**achstum und Beschäftigung in der EU über die Schlüsselfaktoren Bildung, Forschung und Innovation anzukurbeln, ist das große europäische Ziel, der Kern der Lissabon-Strategie. Welche Umsetzungsschritte sind im Jahr 2006 gelungen, welche Themen warten auf europäische Lösungen?

Für die europäischen Universitäten ist die im 7. Rahmenprogramm erstmals in dieser Form vorgesehene Förderung der Grundlagenforschung von großer Bedeutung. Das neu eingerichtete European Research Council (ERC) kann 2007 bis 300 Millionen Euro für nicht themengebundene, nur internationalen Qualitätsstandards verpflichtete Forschung vergeben. Das ERC beginnt seine Arbeit mit „Starting Grants“ für Jungwissenschaftler/innen, um diesen rasch unabhängige Forschung zu ermöglichen. Die Gestaltung eines weltweiten attraktiven – mindestens dreijährigen – Doktoratsstudiums, das sowohl für die wissenschaftliche als auch die außeruniversitäre Karriere vorbereitet, wurde im Jahr 2006 über die EUA intensiv diskutiert. Deren Empfehlungen sollen in das London-Communiqué der nächsten Konferenz der Bologna-Minister/innen im Mai 2007 einfließen und als Eckpunkte der künftigen Doktoratsprogramme in Europa dienen. Der Plan zur Gründung eines European Institute of Technology (EIT) ist das Ergebnis einer seit

2005 intensiv von der EU-Kommission geführten Debatte. Ein Zwei-Ebenen-Modell soll realisiert werden: Eine kleine Einheit auf zentraler Ebene sucht in ausgewählten Themenbereichen aus Bewerbungen zunächst sechs (bis 2013), später insgesamt zehn bis 15 dezentral agierende „Knowledge and Innovation Communities“ (KICs) aus. Bei der Finanzierung des EIT setzt die Kritik der Universitäten an: Es gibt kaum frisches Geld. Ein weiteres Problem besteht in der Frage, wer die Doktoratsprogramme gestaltet. Nach wie vor wandern viele Wissenschaftler/innen nach ihrer Ausbildung aus Europa ab. Dieser Entwicklung kann nur mit einem attraktiven europäischen Arbeitsmarkt gegengesteuert werden. Zwei Voraussetzungen sind dafür notwendig: die Beseitigung formaler Hindernisse, etwa die Anrechnung von Pensionsansprüchen; das Angebot attraktiver Karrieren für Jungwissenschaftler/innen und Doktoratsstudierende innerhalb und außerhalb der Universitäten. Das von der EU angestrebte „Europa des Wissens“ braucht starke Universitäten. Die EUA fordert, sowohl die Breite im Universitätssystem als auch deren Spitze finanziell zu stärken. 2006 konnten zwar einige Weichen gestellt werden, Europa muss aber erheblich mehr leisten, um dem Lissabon-Prozess wieder Dynamik zu verleihen. Diskussion ist gut – Umsetzung noch besser.

## ÖSTERREICH UND BAYERN: REFORMMODELLE IM EUROPÄISCHEN HOCHSCHULRAUM



**Thomas Goppel**  
Dr.  
Bayerischer Staatsminister  
für Wissenschaft,  
Forschung und Kunst

Das Hochschulrecht ist in Bewegung. In Österreich wurde 2002 eine große neue Kodifikation erlassen, in Bayern wurde 1998 und – jüngst – 2006 das Hochschulrecht umfassend überarbeitet. Ein pauschaler Vergleich der Gesetze verbietet sich. Angesichts der langen und fruchtbaren wissenschaftlichen und künstlerischen Nachbarschaft lohnt es sich aber zu vergleichen, welche Antworten die Gesetze auf aktuelle Herausforderungen der Hochschulpolitik geben.

In unseren beiden Ländern lassen sich zwei wichtige Fragen an die Hochschulpolitik stellen: Wie bestehen wir im europäischen und internationalen Wettbewerb? Und wie verteilen wir die knappen Ressourcen zukunftssträftig? Die Antworten sind in Österreich und Bayern so verschieden nicht. Beide Staaten erkennen die Notwendigkeit, den Hochschulen mehr Autonomie zu geben. Die Einflussmöglichkeiten des Staates werden beschränkt und die Verantwortung der Hochschulen gestärkt. Zudem wird die notwendig verbleibende Aufsicht des Staates in konsensuale Bahnen gelenkt: Vereinbarungen ersetzen zunehmend Weisungen.

Auch bei der Staffung der Entscheidungsprozesse innerhalb der Universität gehen Österreich und Bayern einen gemeinsamen Weg. Bei den hochschulinternen Umstrukturierungen lag der Fokus auf der Ausweitung und Veränderung der Kompetenzen von Präsidien und

Rektoraten sowie Verwaltungen. Auf der Ebene der Fachbereiche und Fakultäten bleibt die Lage komplex – zu Recht, weil wir hier nahe am Herzen der Universitäten operieren. Zur besseren Feinjustierung der Entscheidungsprozesse schafft Bayern über eine neue Experimentierklausel zudem Spielräume, die unsere Universitäten zu nutzen beginnen.

In Ansehung der oben angesprochenen Autonomie und der damit gewachsenen Verantwortung der Hochschulen haben sowohl Österreich wie Bayern externen Sachverstand in den Universitäts- bzw. Hochschulrat integriert, dabei freilich darauf geachtet, dass in diesem „Aufsichtsrat“ die Angehörigen der Hochschulen über angemessenes Stimmgewicht verfügen. Eine Antwort auf die Knappheit der Ressourcen sind Studienbeiträge. Österreich ist diesen Schritt schon vor dem Universitätsgesetz 2002 gegangen, Bayern macht ihn gerade selbst. Dabei konnte der Freistaat von den Erfahrungen des Nachbarn profitieren, vor allem von den erhobenen Forderungen, Ausnahmen und Erleichterungen in einen gesamtstaatsbürgerlichen Kontext zu stellen.

Fazit: Gemeinsamkeit bietet keine Gewähr für Richtigkeit – es bestärkt aber die Beteiligten in ihrer Zuversicht, das Richtige getan zu haben. Unsere beiden Staaten haben ein stimmiges Konzept entwickelt und Österreich hat in den letzten vier Jahren auch Erfolg damit verzeichnen können.

## INTERVIEW

### MITTELSTRAß: „UNIVERSITÄTEN TUN GUT DARAN, SICH IM WETTBEWERBSPROZESS ZU ORIENTIEREN“



**Jürgen Mittelstraß**  
Univ.-Prof. Dr.  
Vorsitzender des  
Österreichischen  
Wissenschaftsrates

**R** Herr Professor Mittelstraß, der Wissenschaftsrat hat im Oktober 2006 zehn Tage nach der Nationalratswahl zehn Eckpunkte zur österreichischen Wissenschafts- und Forschungsentwicklung in der neuen Legislaturperiode veröffentlicht. Wie hoch schätzen Sie die Chancen ein, dass sich die rot-schwarze Regierungskoalition die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zu Herzen nimmt?

**Mittelstraß:** Als Skeptiker müsste ich wohl sagen: gering. Als Optimist aus Pflicht – der man in der Wissenschaftspolitik sein muss – vertraue ich auf die Kraft des Arguments und den gemeinsamen Willen, das österreichische Wissenschafts- und Forschungssystem in eine gute Zukunft zu führen. Einige unserer Eckpunkte – zum Beispiel die Zusammenführung der fachlichen Zuständigkeiten für Wissenschaft und Forschung in (höchstens) zwei Ressorts, die Zuständigkeit des Wissenschaftsministeriums auch für die Pädagogischen Hochschulen, die kontinuierliche Aufstockung des Universitätsbudgets um 100 Mio. Euro pro Jahr – sind schon jetzt entweder negativ beschieden oder ziemlich chancenlos. Für andere, auch im budgetären Bereich – zum Beispiel in Form einer erheblichen kontinuierlichen Aufstockung der Fördermittel des FWF über die nächsten fünf Jahre, unabhängig von dem wohl erfolgenden Einstieg in das Overhead-Konzept –, ist es noch nicht

zu spät. In anderen Fällen, etwa Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, Neueregung des Hochschulzugangs, wird der Wissenschaftsrat mit Empfehlungen nachhelfen.

*Das vom Wissenschaftsrat ebenso wie von der Rektorenkonferenz eingemahnte Gesamtkonzept für den österreichischen Hochschul- und Forschungsstandort scheint ein frommer Wunsch zu bleiben. Im Hinblick auf die expandierenden Fachhochschulen, die „Inbetriebnahme“ Pädagogischer Hochschulen ab Herbst 2007 und die weitere Akkreditierung von Privatuniversitäten – welche Gefahren orten Sie in dem zunehmend unübersichtlich werdenden Hochschulsektor?*

**Mittelstraß:** Ein Gesamtkonzept lässt sich gewiss nicht aus dem Boden stampfen, insbesondere nicht in einer Situation, in der die Universitäten zunächst einmal lernen müssen, mit der gewonnenen neuen Autonomie kreativ umzugehen. Autonomie der Institutionen und ein Gesamtkonzept, dessen Teile die Institutionen wären – beides zusammen könnte zu recht dialektischen Verhältnissen führen. Trotzdem sollte man sich um ein solches Konzept bemühen. Österreich muss wissen, wie sein zukünftiges Wissenschafts- und Bildungssystem – auch und gerade im sich entwickelnden europäischen Wissenschafts- und Hochschulraum – aussehen soll, und dieses System muss von allen Einzel-

institutionen getragen werden. Das schließt neben den Universitäten auch die Fachhochschulen, die Pädagogischen Hochschulen neuer Art und den Privathochschulsektor ein, desgleichen die außeruniversitäre Forschung (vor allem im Grundlagenbereich). Die Gefahren liegen darin, dass das System auf dem derzeitigen Wege immer unübersichtlicher wird und die Chancen zu seiner Optimierung nicht genutzt werden. Diese Chancen liegen vor allem in neuen Kooperationsstrukturen. Hier ist der gestalterische Wille auf allen Seiten – der wissenschaftlichen Institutionen wie der Wissenschaftspolitik – gefragt. Der Wissenschaftsrat wird sich in die hier erforderliche Diskussion einschalten und gegebenenfalls selbst ein Konzept vorlegen.

*Sie haben im Sommer 2006 mit der Formulierung aufhorchen lassen, das europäische Hochschulsystem weise „fast schon spätmittelalterliche Entwicklungen“ auf. Soll heißen, künftig würden nur noch rund drei Dutzend große europäische Universitäten miteinander konkurrieren. Was bedeutet das für Österreichs Universitäten?*

**Mittelstraß:** Mit dem Hinweis auf spätmittelalterliche Universitätsverhältnisse hatte ich sagen wollen, dass die im europäischen Forschungs- und Hochschulraum eingetretene Entwicklung wieder zur Auszeichnung europäischer Spitzenuniversitäten führen wird (damals etwa Oxford, Padua und Paris), die das universitäre Leistungsniveau im europäischen Rahmen bestimmen werden. Die österreichischen Universitäten tun gut daran, sich in diesem bereits begonnenen Wettbewerbsprozess zu orientieren und etwa durch Kooperationen die Voraussetzungen dafür zu schaffen, unter den besten europäischen Universitäten vertreten zu sein. Im Übrigen haben Universitäten stets zwei Aufgaben zu erfüllen: wissenschaftliche Spitzenleistung zu erbringen und Bildungserfordernissen einer Region zu entsprechen. Hier muss sich jede einzelne Universität entscheiden, in welcher Weise sie diesen Aufgaben am besten zu dienen vermag.

*Die Begeisterung über die geplante Einrichtung eines European Institute of Technology (EIT) hält sich nicht nur beim Wissenschaftsrat und der Rektorenkonferenz in Grenzen. Allen Bedenken zum Trotz scheint die EU-Kommission wild entschlossen, ihr Prestigeprojekt durchzuziehen. Wie erklä-*

*ren Sie sich die Brüsseler Initiative, und welche Rolle könnte Österreich in diesem Geflecht von unterschiedlichen Interessen letztlich einnehmen?*

**Mittelstraß:** Offenbar verspricht man sich von einem Institut dieser Art eine weitere Profilschärfung der europäischen Forschung. Dafür ist die vorgesehene Netzwerkkonstruktion aber viel zu schwach – und sie ist überflüssig. Auch in den technischen Wissenschaften kommuniziert Elite mit Elite, immer schon. Weiterer Maßnahmen bedarf es hier nicht. Und auch für Denkmäler, die sich die Brüsseler Politik möglicherweise mit einem solchen Projekt zu setzen sucht, sind Wissenschaft und Forschung ungeeignet – und zu schade. Kommt allerdings das EIT doch (auch in diesem Falle wird sich die wissenschaftliche Urteilskraft wohl nicht gegen eine programmverliebte europäische Politik durchsetzen), ist nichts dagegen einzuwenden, dass sich Österreich unter Hinweis auf seine leistungsfähigen Technischen Universitäten und das in Gründung befindliche „Institute of Science and Technology Austria“ (ISTA) als Standort für den dann vorgesehenen Verwaltungssitz empfiehlt.

*Stichwort ISTA: Sie wurden im März 2006 zum Sprecher des National Committee für das „Institute of Science and Technology – Austria“ bestellt. Sie haben damals nach dem Abflauen der politischen Querelen rund um die Gründung dieser Exzellenzinitiative erklärt, man müsse jetzt „das Beste daraus machen“. Sind Sie mit den bisher erzielten Fortschritten zufrieden?*

**Mittelstraß:** In der Standortfrage wäre von Anfang an eine enge Kooperation zwischen Niederösterreich und Wien wünschenswert gewesen. Das hätte vieles leichter gemacht und manche Irritation vermieden. Die Dinge sind jetzt auf gutem Wege. Board und Executive Committee sind etabliert, der Vorsitzende des Scientific Board, das sich um das wissenschaftliche Programm kümmert, ist bestimmt, die Suche nach dem Gründungspräsidenten läuft. Zu hoffen ist, dass noch vor Ablauf 2007 die eigentliche Gründungsphase mit der Bestellung des Präsidenten abgeschlossen werden kann. Insofern darf man optimistisch sein. Die Forschungslandschaft Österreichs wird reicher und – unter europäischer Perspektive – attraktiver werden.

*Das Interview führte Manfred Kadi*

## WISSENSCHAFTSFONDS VERSPÜRTE 2006 DEN ERSEHTEN RÜCKENWIND



**Christoph Kratky**  
Univ.-Prof. Dr.  
Präsident des  
Wissenschaftsfonds – FWF

**F** 2006 war ein spannendes und letztlich sehr gutes Jahr für den Wissenschaftsfonds (FWF). In den vorangegangenen Jahren war das Verhältnis zwischen Bewilligungssumme und Antragsvolumen immer schlechter geworden. Die Talsohle haben wir im Jahr 2004 mit einer Bewilligungsquote für Einzelprojekte von unter 30 Prozent durchschritten. Im Dezember 2005 wurde dieser demotivierende Umstand vom Rat für Forschung und Technologieentwicklung (RFTE) zum Anlass genommen, der Regierung eine Erhöhung des Bewilligungsbudgets des FWF um 30 Mio. Euro zu empfehlen. Diese Empfehlung löste eine längere politische Diskussion aus, an deren Ende im 2. Quartal 2006 mehr Geld für den Wissenschaftsfonds stand. Dadurch konnte unser Gesamt-Bewilligungsvolumen von 122,1 Mio. Euro auf rund 151 Mio. Euro gesteigert werden. Eine Reihe von für die Universitäten signifikanten Maßnahmen wurden somit ermöglicht:

Ein neues Rekordbewilligungsvolumen bei den Schwerpunktprogrammen: Neu bewilligt wurden drei Spezialforschungsbereiche (SFB), drei Nationale Forschungsnetzwerke (NFN) und acht Doktoratskollegs (DK); macht in Summe (mit den Verlängerungen bestehender Schwerpunktprogramme) annähernd 40 Millionen Euro.

Die Bewilligungsrate bei den Einzelprojekten konnte um weitere 3,2 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr verbessert werden und lag

im Jahr 2006 bei 35,1 Prozent. Damit wurde der Aufwärtstrend nach dem Tiefpunkt im Jahr 2004 fortgesetzt. Wir müssen allerdings darauf hinweisen, dass das noch immer ein schönes Stück von unserem „Zielwert“ 40 Prozent entfernt ist. In diesem Zusammenhang ist es interessant, auf unsere Schweizer Schwesterorganisation – den SNF – hinzuweisen, wo die Genehmigungsrate bei mehr als 60 Prozent liegt. Der FWF ist im deutschen Sprachraum nach wie vor die bei weitem selektivste Förderinstitution. Mehr Geld für den FWF bedeutet mehr Geld für unsere Universitäten: Rund 85 Prozent unseres Fördervolumens gehen an Österreichs Hohe Schulen und rund 80 Prozent der FWF-Gelder werden für die Bezahlung der Gehälter wissenschaftlich tätiger Menschen aufgewendet. Per 31. 12. 2006 standen 2.250 Wissenschaftler/innen auf der Payroll des Wissenschaftsfonds – Tendenz steigend!

Für das Jahr 2007 gilt es die positiven Entwicklungen fortzuführen und das Kerngeschäft des FWF weiter zu stärken. Der Wissenschaftsfonds hatte im letzten Jahr Rückenwind, nachdem wir einige Jahre zuvor zeitweise politisch mit dem Rücken zur Wand standen. Die Unabhängigkeit ist konstitutives Element jedes erfolgreichen Wissenschaftsfonds. Unser wichtigstes Ziel besteht darin, den positiven Trend zu verstetigen – Wissenschaftspolitik ist ein Generationenprogramm, das sich nicht für das politische Tagesgeschäft eignet.

## UNIVERSITÄTEN GUT AUFGESTELLT FÜR DAS 7. EU-FORSCHUNGS-RAHMENPROGRAMM



**Sabine Herlitschka**

Dr.  
EIP-Bereichsleiterin der  
Forschungsförderungsgesellschaft - FFG

Das 7. Rahmenprogramm (7. RP) – samt dem Budget von rund 54 Milliarden Euro (inkl. EURATOM) für die Jahre 2007 bis 2013 – stellt mit seinen Programmschienen und Erfordernissen deutlich neue Herausforderungen dar. Insbesondere wird das 7. Rahmenprogramm – abgesehen von den neuen Möglichkeiten der „Pionierforschung“ des European Research Councils – sehr unternehmens- und industrieorientiert ausgerichtet sein. Damit wird auf der Basis von rund 40 Prozent Beteiligung im 6. Rahmenprogramm die besondere Herausforderung für Universitäten darin bestehen, sich unter diesen geänderten Bedingungen optimal zu positionieren. Vor diesem Hintergrund freut es mich, dass am 8. 11. 2006 – direkt im Anschluss an die nationale Auftaktkonferenz zum 7. RP mit nahezu 1000 Teilnehmern/innen im Festsaal der Wiener Börse – die Kooperationsvereinbarung zwischen Rektorenkonferenz und dem Bereich Europäische & Internationale Programme (EIP) der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) unterzeichnet werden konnte. Diese Vereinbarung wird den Rahmen für eine optimale Kooperation der Universitäten mit der FFG im Bereich EIP sicherstellen und damit auch systematisch eine effektive und effiziente Betreuungssituation für die Universitäten gewährleisten.

Auf folgenden drei Ebenen wird die Zusammenarbeit zwischen Rektorenkonferenz bzw. den Universitäten und dem Bereich EIP der FFG erfolgen:

1. Beratung der Rektorenkonferenz hinsichtlich Positions- und Meinungsbildung zu den relevanten Themen der europäischen Forschungs- und Technologiekooperation.
2. Beratung der österreichischen Universitäten hinsichtlich der Strategieentwicklung zu ihrer Beteiligung am 7. RP.
3. Beratung der österreichischen Universitäten und deren Organisationseinheiten durch Informations- und Beratungsleistungen sowie gezielte Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für interne Serviceorganisationen und die universitären Forscher/innen.

Entsprechend den definierten Kooperationsebenen wurden bereits gezielte Maßnahmen vorgesehen und implementiert. Als Kontaktpersonen für die Umsetzung der Kooperationsvereinbarung fungieren für die Rektorenkonferenz das im Präsidium für Forschung zuständige Mitglied bzw. ein benanntes Mitglied des Forums Forschung der ÖRK, für den Bereich EIP der FFG die Bereichsleitung. Mit der nunmehr getroffenen Vereinbarung sollten die Weichen gestellt sein, dass die Universitäten in den kommenden sieben Jahren ihre Chancen im 7. Rahmenprogramm bestmöglich nutzen können.

## INTERVIEW

### FAULHAMMER: „WIR WERDEN DAS FORMELBUDGET GRÜNDLICH EVALUIEREN“



**Friedrich Faulhammer**  
Mag.  
Sektionschef im  
Bundesministerium  
für Bildung, Wissenschaft  
und Kultur

**F** Herr Sektionschef Faulhammer, die Rektorenkonferenz hat im Lichte des EuGH-Urteils 2005 betreffend die Diskriminierung ausländischer Studienwerber/innen im Jänner 2006 nachdrücklich auf die Bedeutung eines europarechtskonformen Uni-Zugangs hingewiesen. Genau ein Jahr später findet die mittlerweile beschlossene Quotenregelung für das Medizinstudium in den Augen der EU-Kommission keine Gnade. Wie glaubwürdig ist denn das Agieren der österreichischen Politiker beim Thema Hochschulzugang?

**Faulhammer:** Das unter Bundesministerin Elisabeth Gehrer entwickelte moderate Modell ist auch von Europarechtsexperten als gangbar angesehen worden. Österreichs gesamtes Hochschulzugangssystem ist europarechtskonform, der Zugang ist zu praktisch allen Studien ohne Diskriminierung möglich – es gibt einzig und allein bei der Human- und Zahnmedizin Beschränkungen. Auch wenn die EU-Kommission Zweifel hat – wir sind der Auffassung, dass unsere Vorgangsweise im Einklang mit dem seinerzeitigen EuGH-Urteil steht. Es gibt ja Verständnis auf Ebene der EU-Kommission: Präsident Barroso hat bereits erklärt, offenkundig habe das Prinzip der Nichtdiskriminierung „eine perverse Auswirkung“ auf das österreichische Gesundheitssystem. Österreich agiert also sehr glaubwürdig.

Die Rektorenkonferenz hat im Herbst 2006 vor der Nationalratswahl erstmals die zentrale Forderung nach einer Studienplatzfinanzierung erhoben. Die neue Bundesregierung scheint sich vor dieser Frage eher herumzudrücken. Was halten Sie von diesem Vorschlag?

**Faulhammer:** Wir haben zwei Anknüpfungspunkte: Der § 124b des Universitätsgesetzes (regelt Grundsätze der Zulassung bzw. der Auswahlverfahren zu acht Studienrichtungen an Universitäten, Anm.) ist mit Ende 2007 befristet, daher muss eine politische Debatte darüber geführt werden. Wir haben dem Parlament dazu einen Erfahrungsbericht vorgelegt, der gemeinsam mit der Rektorenkonferenz erarbeitet wurde. Zweitens gibt es eine Vereinbarung im Regierungsprogramm, wonach das UG evaluiert wird – es ist daher für 2008 eine Gesetzesnovelle zu erwarten. Zur Studienplatzfinanzierung: Wir haben im Fachhochschulbereich dafür ein Modell – aber man muss auch die Rahmenbedingungen sehen, etwa die Notwendigkeit weiterer Finanzierungsquellen für Forschung oder ein straff geführtes Akkreditierungsverfahren. Wenn man das auf die Universitäten umlegen wollte, ist die Vorlaufzeit eine andere, weil man mit bestehenden Kapazitäten arbeiten muss. Dazu gibt es aber derzeit keine dezidierte Ansicht – diese Diskussion werden wir im Zuge der Vorbereitung der UG-Novelle führen.

Das Regierungsübereinkommen von SPÖ und ÖVP für die kommende Legislaturperiode enthält zehn Seiten zu den Themen Wissenschaft sowie Forschung/Innovation/Technologie. Welche Absichtserklärung hat Sie denn am meisten überrascht?

**Faulhammer:** Auf die Gefahr hin, abgebrüht zu klingen – es hat mich nichts überrascht. Faktum ist, dass im Kapitel Wissenschaft Themen enthalten sind, die prinzipiell auf der Agenda stehen, und das Regierungsprogramm eine Auswahl trifft. Es war – auch aufgrund des Wahlkampfes – klar, dass die Studienbeiträge ein heißes Thema sein werden. Die Kunst der nächsten Jahre wird sein, wie man die inhaltlichen Anregungen im Wissenschafts- und Forschungs-teil mit dem Budgetpart in Verbindung bringt.

*Stichwort Studiengebühren: Es wurde eine interministerielle Arbeitsgruppe eingesetzt, um die Frage der Beitragsbefreiung auszuloten. Welche sinnvollen Möglichkeiten halten Sie denn für realistisch?*

**Faulhammer:** Bei der Sichtung dieser vielfältigen Vorschläge wurde deutlich, dass eine Auswahl sehr schwierig wird – nämlich die Auswahl, welche Aktivitäten freiwilliger Arbeit (für die Befreiung vom Studienbeitrag, Anm.) berücksichtigt werden. Würde man jede dieser Tätigkeiten akzeptieren, läuft es darauf hinaus, dass es keine Studienbeiträge mehr gibt – das ist ja nicht denkbar. Andererseits gibt es die Überlegung, im bildungsnahen Bereich die Freiwilligenarbeit zu unterstützen – wenn etwa Studierende in höheren Semestern als Berater in Schulen gehen, um das Studienwahlverhalten so zu beeinflussen, dass die Erfolgsrate höher wird. Eine andere Möglichkeit für Studierende wäre die Unterstützung von Schülern/innen mit Förderungsbedarf.

*Eines der wichtigsten Themen 2006, nämlich die erstmalige Anwendung der Leistungsvereinbarungen zwischen Bund und Universitäten, hat zum Jahresende für beträchtlichen Unmut in den Rektoraten gesorgt. ÖRK-Präsident Christoph Badelt hat in einem Interview vehement auf Änderungen in der Universitätsbudgetierung gedrängt. Was ist da aus Ihrer Sicht – sagen wir – suboptimal gelaufen?*

**Faulhammer:** Wir sind eigentlich sehr froh und dankbar, dass es so gut gelaufen ist. Die Zusammenarbeit mit der Rektorenkonferenz im Vorfeld, auch dann mit den einzelnen Rektoren war eine sehr gute. Beide Seiten haben die Möglichkeiten und die Grenzen erkannt – es ist aber letztlich gelungen, mit allen Rektoren eine Vereinbarung zu Stande zu bringen. Es ist nicht selbstverständlich, dass es in der ersten Runde der Leistungsvereinbarungen zu keinem Schlichtungsverfahren kommt. Natürlich war die Erwartungshaltung der Rektoren zum Teil viel höher. Was sicher zu einem Ärgernis geführt hat, ist das Formelbudget (20 Prozent des Globalbudgets, Verteilung anhand von 11 Indikatoren, Anm.), und da nehmen wir die Kritik an dem Ergebnis sehr ernst. Wir werden hier eine sehr gründliche Evaluierung des Formelbudgets vornehmen. Es ist durchaus offen, was dann für die nächste Periode der Leistungsvereinbarungen (ab 2010, Anm.) geschieht. Das Formelbudget ist letztlich ein sehr komplexes, für wenige im Detail wirklich verständliches System. Wenn man wirklich das Verhalten an den Universitäten steuern will, stellt sich die Frage, ob so ein System sinnvoll ist, wenn die Betroffenen die Auswirkungen nicht wissen. Wenn es Bedarf an gesetzlichen Änderungen gibt, wäre die Novelle des UG eine Möglichkeit.

*Wie sich in den Gesprächen herausstellte, kamen von knapp 200 Millionen Euro für neue Initiativen letztlich nicht einmal 100 Millionen zur Verteilung. Was in der Folge bei so manchem Rektor Assoziationen an einen Basar hervorrief.*

**Faulhammer:** Die Prinzipien der Mittelverteilung wurden den Rektoren im April 2006 vorgestellt – die Größenordnung war klar. Natürlich haben die Rektoren gewusst, dass bei bereits eingeleiteten Projekten auch finanzielle Mittel zu verwenden sind – und ein Teil dieser Schwerpunktmittel durch Vorgespräche belastet war. Die Konsequenz für die jeweilige Universität war, dass sich der Spielraum für anderes reduzierte. Wir werden aber eine Feedback-Schleife über den Prozess der Leistungsvereinbarungen machen, wo wir alle Akteure zu ihren Einschätzungen befragen wollen.

Das Interview führte Manfred Kadi

# VORSITZ UND VORSÄTZE: UNIVERSITÄTSPOLITIK ZWISCHEN EU-SACHZWÄNGEN UND NATIONALRATSWAHL

■ Aus politischer Perspektive betrachtet, prägten zwei Geschehnisse das abgelaufene Jahr: zunächst die mit hohen Erwartungen verknüpfte EU-Präsidentschaft Österreichs im ersten Halbjahr 2006, die ohne spektakuläre Ergebnisse – und ohne erkennbare Impulse für Europas Universitäten – über die Bühne ging. Die zweite Jahreshälfte stand dafür ganz im Zeichen der auf 1. Oktober vorverlegten Nationalratswahl, die zumindest für die Bildungs- und auch die Wissenschaftspolitik einen Einschnitt bedeutete. Langzeitministerin Elisabeth Gehrler zog aus dem für die ÖVP verheerenden Ergebnis der Nationalratswahl die Konsequenzen und kündigte

nach mehr als elf Jahren als Hausherrin am Minoritenplatz ihren Rückzug aus der Politik mit Jahresende an. Die anlässlich der „Wende“ 2000 vollzogene Fusion der Ressorts für Schulen und Hochschulen zum Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur wurde nach knapp sieben Jahren wieder rückgängig gemacht: In den Gesprächen zur Neuauflage einer großen Koalition hatten sich die Verhandler zum Jahreswechsel 2006/07 auf die Teilung des Monsterressorts in ein Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (SPÖ) und ein Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (ÖVP) verständigt. ■

■ Die erhöhte Frequenz der Gastspiele von EU-Kommissionsmitgliedern beim Ratsvorsitzenden Österreich hatte zur Folge, dass vor allem die Debatte um die heimischen Uni-Zugangsregelungen als Folge des EuGH-Urteils vom Juli 2005 in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses rückte. Nach reger Reisetätigkeit zwischen Wien und Brüssel – und zahllosen widersprüchlichen Wortspenden von heimischen und EU-Politikern – präsentierte

Bildungsministerin Gehrler Mitte Februar 2006 eine „Safeguard-Klausel“ für das von deutschen Abiturienten/innen gestürmte Medizinstudium – eine Quotenregelung, die noch im März vom Nationalrat beschlossen wurde und die den Kriterien des EU-Gerichtshofes in Luxemburg genügen sollte: Ab dem Wintersemester 2006/07 waren somit für erstmalig Inskribierende an den drei Medizinischen Universitäten Wien, Innsbruck und Graz 75

Prozent der Studienplätze für Österreicher/innen reserviert, 20 Prozent waren EU-Bürgern/innen vorbehalten, fünf Prozent für Studienwerber/innen aus dem Rest der Welt. Die Beteuerungen im Ministerium, die Regelung sei gemeinsam mit den Vertretern der EU-Kommission erarbeitet worden, sollten zumindest im Hinblick auf die anstehenden Nationalratswahlen im Herbst 2006 – so das unausgesprochene Kalkül – ihren Zweck erfüllen. Sogar die EU-Kommission wartete artig das Wahlergebnis – (SPÖ stärkste Partei mit 68 Mandaten, ÖVP 66 Mandate) – und die mühselige rot-schwarze Regierungsbildung in Wien ab, bevor sie im Jänner 2007 ihr Mahnschreiben verschickte: Darin wurde die Quotenregelung in Österreich als nicht EU-rechtskonform und unverhältnismäßig abgelehnt. Vor dem drohenden Hintergrund einer neuerlichen Klage vor dem EuGH räumte Brüssel der Alpenrepublik eine mehrmonatige Frist ein, auf das Schreiben zu reagieren. Die Österreichische Rektorenkonferenz (ÖRK) hatte schon im Jänner 2006 darauf gedrängt, einen europarechtskonformen Uni-Zugang in den medizinischen Fächern sicherzustellen, der ein Jahr später so ungewiss ist wie zuvor.

### **ÖRK-Steuerungsgruppe zum Thema Hochschulzugang**

Gleichzeitig hatte ÖRK-Präsident Christoph Badelt von der Politik eine grundsätzliche Diskussion zum Hochschulzugang gefordert. Weil allerdings in den letzten neun Monaten der Legislaturperiode eine sachliche Auseinandersetzung zu dieser Frage immer unrealistischer erschien, war die ÖRK zur Selbsthilfe geschritten und hatte unter der Leitung des Rektors der Montanuniversität Leoben Wolfhard Wegscheider eine Steuerungsgruppe eingesetzt, die namhafte Wissenschaftler/innen beauftragte, das Thema von allen Seiten zu beleuchten. Noch vor der für Jänner 2007 anberaumten Präsentation des 600 Seiten starken Druckwerks beschloss die ÖRK-Plenarversammlung im Dezember 2006 auf Basis der Studie zehn Thesen zu einer Neu-

regelung des Hochschulzugangs, wobei die Rektorenkonferenz großen Wert auf eine mediale Aufbereitung legte.

Vier Wochen vor dem Wahltermin hatte die ÖRK zudem in einem Forderungsprogramm an die neue Bundesregierung ihre bildungs- und wissenschaftspolitischen Positionen formuliert, darunter Anliegen wie die Diversifizierung und Profilbildung im tertiären Bereich, ein Entwicklungskonzept für den gesamten tertiären Sektor sowie – im Zusammenhang mit der Neugestaltung des Hochschulzugangs – der nachdrückliche Wunsch nach kapazitätsgerechter Finanzierung der Universitäten (Studienplatzfinanzierung).

Ein Teil der ÖRK-Forderungen (Erhöhung der Akademikerquote, bessere Dotierung des FWF) fand sich zwar in dem kurz nach dem Jahreswechsel präsentierten Koalitionspakt wieder, zum zentralen Punkt der Studienplatzfinanzierung hatten sich die Verfasser des Papiers jedoch in nobles Schweigen gehüllt. Ungeachtet des aktuellen Diskurses und der politischen Rahmenbedingungen hatten die Mitglieder der Rektorenkonferenz auch sonst alle Hände voll zu tun, um als Meinungsbildner der Universitäten – wenn notwendig auch öffentlich – Flagge zu zeigen: angefangen von den Auswüchsen des Fremdenrechts (siehe Seite 20/21) über das zähe Ringen des Dachverbandes der Universitäten um die Endfassung des Kollektivvertrags (Seite 22/23), die internationale Diskussion zur Neugestaltung des Doktoratsstudiums (Seite 14/15) bis zu jenem Thema, das ÖRK-intern die Gemüter am meisten erhitzte, nämlich die Verhandlungsrunden zu den Leistungsvereinbarungen, gekoppelt mit dem Reizthema Formelbudget (Seite 16/17). Die Wertschätzung der Rektorenkonferenz als wichtiger Gesprächspartner dokumentierte zum Jahresende einmal mehr ein Empfang bei Bundespräsident Heinz Fischer, der die ÖRK-Mitglieder Anfang Dezember im Anschluss an die Plenarversammlung zu einem zweistündigen, durchwegs erfrischenden Meinungsaustausch in die Gemäcker der Hofburg eingeladen hatte. *mk*

## DOKTORATSSTUDIUM NEU: BEGINN DER WISSENSCHAFTLICHEN KARRIERE

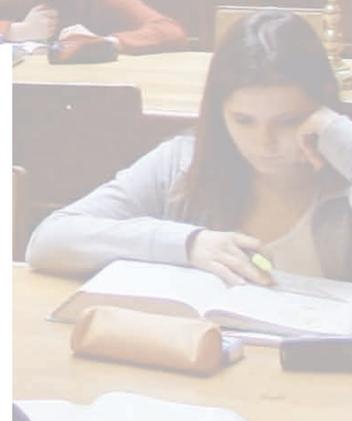


**R** In kaum einem Land der EU genießen Träger akademischer Titel einen ähnlich hohen Stellenwert wie in Österreich. Umso erstaunlicher, dass die breite Öffentlichkeit von der internationalen Diskussion zu den verschiedenen Formen und zur künftigen Ausgestaltung des Doktorats im vergangenen Jahr kaum Notiz genommen hat. Zumindest im Forum Lehre der Österreichischen Rektorenkonferenz (ÖRK) bildeten die neuen Lehrmeinungen über Sinn und Zweck des Doktorhutes im 21. Jahrhundert das beherrschende Thema auf der Agenda 2006.

Im Zuge der hurtig fortschreitenden Umsetzung der Bologna-Architektur an den Universitäten zeichnet sich derzeit folgerichtig eine Neubewertung des Doktoratsstudiums ab: „Dieses wird nicht mehr als Ende eines Studiums gesehen, sondern stärker als Beginn

einer – möglichen – wissenschaftlichen Laufbahn“, hält der Vorsitzende des ÖRK-Forums Lehre, Vizerektor Arthur Mettinger von der Universität Wien, fest. Diese Karriere als Wissenschaftler müsse sich nicht zwangsläufig auf die Universität beschränken, sondern erstrecke sich auch auf die Wirtschaft und die außeruniversitäre Forschung. Dies bedeute auch einen „erheblichen Paradigmenwechsel“ in der Betrachtung der Doktoratsstudien: Schließlich habe sich die Universität die Frage zu stellen, wie sie es mit der Forschung hält, wie sie künftig wissenschaftlichen Nachwuchs heranbilden möchte, wie sie die neue Struktur an ihre eigene Kultur anzupassen gedenkt.

Mettinger verweist dabei auf eine wesentliche Rahmenbedingung: Die Frage nach der Sinnhaftigkeit der neuen Doktorate müsse an-



hand der Ziele und für die jeweilige Wissenschaft beantwortet werden, die Frage nach der Machbarkeit mithilfe der budgetären und personellen Kapazitäten einer Universität. Auf der anderen Seite wird auch von den Studierenden ein höheres Maß an Entscheidungsfreude verlangt als in den bisherigen Diplomstudien mit angehängten Doktoratsstudien. Damit einhergehend werde es letztlich auch zu einer „signifikanten Veränderung der Studierendenströme“ kommen, so die Prognose des Forumsvorsitzenden, und zwar sowohl innerhalb der Universitäten eines Landes als auch auf internationaler Ebene – dies gelte auch für den Bachelor- und Masterbereich. Die Qualität eines Doktoratsprogramms werde laut Mettinger künftig auch daran gemessen, ob es für Absolventen und Absolventinnen anderer europäischer Universitäten attraktiv ist.

Einig sind sich die Fachleute – nicht nur im ÖRK-Forum Lehre – darin, dass die aufnehmende Universität das Recht haben muss, sich nach den Kriterien von Qualität und Kapazität die Doktoratsstudierenden auszusuchen, was folgerichtig schon bei den Masterstudien beginnen müsste. Eine Forderung, die von der Rektorenkonferenz mit dem Hinweis auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit im Zusammenhang mit der Hochschulzugangsdiskussion auch öffentlich mehrfach erhoben wurde.

„Hier sollten die Bildungspolitiker und -politikerinnen der Parteien stärker in die Pflicht genommen werden“, fügt Mettinger hinzu.

### Wider das Verhältnis Meister-Lehrer

Eine wesentliche Rolle sollte bei der künftigen Ausgestaltung des Doktoratsstudiums die Teambetreuung spielen: „Im Grunde sollten wir von dem ständischen Prinzip des Meister-Lehrlings-Verhältnisses langsam wegkommen.“ Dieser Mehraufwand erfordert aller-

„Mit den neuen Doktoratsstudien wird es zu einer signifikanten Veränderung der Studierendenströme kommen.“

**Arthur Mettinger**

Ao. Univ.-Prof. Dr.  
Vorsitzender des Forums Lehre



dings im Wege der Leistungsvereinbarungen entsprechende Zusatzmittel, die es den Universitäten ermöglichen, ihre Doktoratsstudierenden auch tatsächlich anzustellen. Eine Reform des Doktoratsstudiums, so die Überzeugung Mettingers, ergibt somit nur dann wirklich Sinn, wenn im Ministerium bei den Fragen der Zulassung und der Finanzierung Aufgeschlossenheit bestehe. mk

*Im März 2006 beschloss der Nationalrat neben der Neuregelung des Universitätszugangs auch die Einführung neuer akademischer Titel nach angloamerikanischem Vorbild (Bachelor, Master). Statt der bisherigen Mindestdauer von zwei Jahren wird der Weg vom Magister bzw. Master zum Doktor künftig mindestens drei Jahre in Anspruch nehmen. Ab dem Studienjahr 2009/10 dürfen die Universitäten demnach keine Studenten mehr zu einem nur zweijährigen Doktoratsstudium zulassen. Die Rektorenkonferenz begrüßte die Gesetzesnovelle, weil so die Konformität mit der europäischen Entwicklung im Rahmen der Bologna-Architektur hergestellt wurde.*

## LEISTUNGSVEREINBARUNGEN ZWISCHEN SERIÖSEM KALKÜL UND MANGEL AN TRANSPARENZ



**R** Die Ankündigungen für das neue Zeitalter der Universitätsfinanzierung klangen zu Beginn 2006 noch viel versprechend: Das neu entwickelte Steuerungsinstrument der Leistungsvereinbarungen zwischen dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur als Eigentümervertreter des Bundes und den autonomen Universitäten sollte auf Basis eines Globalbudgets für die Periode 2007 bis 2009 eine flexible, an Vorhaben, Zielen und Ergebnissen orientierte Vergabe der Mittel gewährleisten – mit anderen, „neudeutschen“ Worten: New Public Management als erkennbares Zeichen für den Aufbruch der Hohen Schulen aus den verkrusteten Strukturen der Kameralistik; geleitet von der Stoßrichtung, Eigeninitiative und Schwerpunktsetzung der einzelnen Universitäten zu honorieren. Nach Abschluss der letzten zwei bis drei Gesprächsrunden des Ministeriums mit den jeweiligen Vertretern der 21 Universitäten hatte sich

in einigen Rektoraten bereits Ernüchterung breit gemacht. ÖRK-Präsident Christoph Badelt sprach sich – auch unter dem Eindruck der Rückmeldungen der ÖRK-Mitglieder – öffentlich für Änderungen bei der Universitätsbudgetierung aus. Die „bemerkenswert starken Umschichtungen“ der finanziellen Mittel hätten weder den Erwartungen entsprochen, noch seien sie stets nachvollziehbar gewesen. Mitverantwortlich war auch die Handhabung des so genannten Formelbudgets, dessen Effekte die erforderliche Transparenz schmerzlich vermissen ließen.

Das Formelbudget wird anhand von elf Indikatoren vergeben (zum Beispiel: Zahl der Studienabschlüsse, Einnahmen aus ausgewählten Forschungsprojekten) und nimmt einen Anteil von 20 Prozent des Globalbudgets (2007 bis 2009: rund 5,7 Milliarden Euro) ein, der Löwenanteil von 80 Prozent wird über die Leistungsvereinbarungen verteilt. Diese wer-



den von den einzelnen Entwicklungsplänen der Universitäten abgeleitet, die in den ersten beiden Sitzungen zwischen Ministerium und jeweiliger Universität sorgfältig diskutiert wurden. Allerdings stellte sich in der Schlussphase heraus, dass im Ministerium für neue Initiativen – das Gros der einzelnen Uni-Budgets setzt sich aus Fixkosten (Personal- und Sachaufwand) zusammen – nicht einmal 200 Millionen Euro bereitgestellt werden konnten, von denen rund 100 Millionen Euro durch Zusagen des Ministeriums an einzelne Universitäten betreffend Verpflichtungen älteren Datums bereits „konsumiert“ waren. „Diesen relativ geringen Betrag hätte man auch mit einem weniger aufwändigen Verfahren verteilen können“, urteilt der Vorsitzende des Forums Budget in der Rektorenkonferenz, ÖRK-Vizepräsident Manfred Gantner, im Rückblick. Im Finale habe das ambitionierte Projekt nur noch wenig mit den besprochenen Entwicklungsplänen zu tun gehabt. Dennoch glaubt Gantner, dass der beiderseitige Erfahrungsprozess im Ministerium und bei den Universitäten keine verlorene Liebesmüh' bedeutet. Mit den gewonnenen Erkenntnissen müssten bereits jetzt die Voraussetzungen für die nächste Leistungsvereinbarungsperiode geschaffen werden, indem eine Vergleichbarkeit und Transparenz der Leistungsdaten von Universitäten (Wissensbilanz, Rechnungsabschlüsse, Entwicklungspläne) hergestellt wird. Der Vorsitzende des ÖRK-Forums Budget plädiert daher dafür, aus dem Probelauf des Jahres 2006 die richtigen Schlüsse zu ziehen: „Das nächste Mal müsste man aufgrund der standardisierten Informationsgrundlagen ers-

tens die Grundlast der Universitäten definieren und zweitens einen erkennbaren Innovationstopf schaffen.“ Auch sollte schon vor Verhandlungsbeginn festgelegt werden, ob beispielsweise die Gebäudekosten – der größte „Klotz am Bein“ (Zitat Gantner) für einige Universitätsleitungen – Gegenstand der Gespräche

„Den Betrag von 100 Millionen Euro hätte man auch mit einem weniger aufwändigen Verfahren verteilen können.“

**Manfried Gantner**

Univ.-Prof. Dr.  
Vorsitzender des Forums Budget



sein sollen oder nicht. In den abgelaufenen Gesprächsrunden sei diesbezüglich kein konsequenter Kurs erkennbar gewesen. Grundsätzlich ortet Rektor Gantner einen Konstruktionsfehler bei den Leistungsvereinbarungen: Wenn diese mit den Universitäten abgeschlossen werden, ohne genaue Kenntnis der Zuteilung aus dem Formelbudget, der tatsächlichen Ausgaben für Infrastruktur und Gebäude und des Umfangs der Forschungsfinanzierungen, dann leide darunter die Gesamtschau, die Möglichkeiten der Steuerung des jeweiligen Uni-Budgets würden eingeschränkt. Vor allem sollte eine umfassende Transparenz über die Verteilung der Mittel auf die einzelnen Universitäten hergestellt werden. Erst nach Vorliegen dieser Ergebnisse ließen sich auch die nötigen Schlussfolgerungen ableiten. *mk*

## KOMPETENZZENTREN ALS QUELLE DES ERFOLGES UND DER INTERESSENKONFLIKTE



**K**<sub>plus</sub>, K<sub>ind</sub>, K<sub>net</sub> – die bisher gebräuchlichen Kürzel für die wachsende Zahl an Kompetenzzentren in Österreichs Forschungslandschaft gehören mittlerweile zum alltäglichen Vokabular der Akademiker in den technisch-naturwissenschaftlichen Studierrichtungen. Das Bild von der Erfolgsstory der genannten Einrichtungen, in denen sich Unternehmen mit (außer-)universitären Forschungsinstituten auf eine Lebensabschnittspartnerschaft verständigen, hat im Jahr 2006 allerdings einige Sprünge abbekommen. Das wachsende Unbehagen über die zunehmende Ausdünnung der Forschung an den Universitäten – als Folge des Engagements in den K-Zentren und außeruniversitären Einrichtungen – veranlasste Rektoren und Vizerektoren/innen zur Jahresmitte im Rahmen einer Klausur des Forums Forschung,

nach einer Standortbestimmung über neue Strategien nachzudenken.

Die Bestandsaufnahme des Forums brachte die seit längerer Zeit schwelende Diskussion auf den Punkt: Die in den K-Zentren beteiligten Firmen hätten es verstanden, die Forschungskompetenz der Universitäten zu ihrem Vorteil zu nutzen, den Akademikerschmieden hingegen fehlt das abgezogene technische Know-how in der eigenen Wissensbilanzierung und in der Haushaltsrechnung. Die Leistungen der Universitäten, insbesondere die dort akquirierten Drittmittel, müssten – so die Schlussfolgerung – einen sichtbaren Niederschlag finden und den Universitäten auch angerechnet werden. Folgerichtig sollten im zukünftigen „Comet“-Programm Publikationen in der Wissensbilanz der Universitäten Eingang finden, ebenso

wie die Patentrechte – nach wie vor ein wunder Punkt, weil die Verankerung der Universitäten als strategischer Partner in den K-Zentren individuell geregelt wird. Verschärft wird die Situation durch einen harten Wettbewerb zwischen Antragstellern, in der Regel Konsortien, aber auch durch den wachsenden Konkurrenzkampf zwischen Wirtschaftspartnern, der die Universitäten nicht unberührt lässt. Für den Vorsitzenden des Forums Forschung und Vizerektor an der Universität Graz, Friedrich Zimmermann, stellt sich das derzeitige Dilemma für die Rektorate so dar: „Auf der einen Seite kommen wir über die Leistungsvereinbarungen im Universitätsgesetz unter Druck – durch das indikatorengesteuerte Budget, wo Drittmittelakquisition und Patente eine Rolle spielen. Auf der anderen Seite versuchen unsere Wirtschaftspartner das Beste aus der Kooperation mit den Universitäten herauszuholen.“ Diese grundsätzliche Problematik sei auch mit der Nachfolge der auslaufenden Kompetenzzentrenprogramme (K<sub>plus</sub>, K<sub>ind</sub>, K<sub>net</sub>) nicht wirklich gelöst: Das Forum Forschung wird sich weiterhin um Modelle der Integration in die universitären Wissensbilanzen bemühen müssen. Hingegen sieht sich das Forum bei der Abstimmung mit dem Wissenschaftsfonds FWF beim Thema Exzellenz-Cluster, sprich

wissenschaftliche Spitzenforschungseinrichtungen, auf einem gutem Weg: Diese Cluster werden über eigene Organisationseinheiten an den beteiligten Universitäten mit klaren Kompetenzen ausgestattet – dasselbe gilt auch für Spezialforschungsbereiche und Doktoratskollegs. Neben dem FWF wurden

*„Unsere Wirtschaftspartner versuchen das Beste aus der Kooperation mit den Universitäten herauszuholen.“*

**Friedrich M. Zimmermann**  
Univ.-Prof. Dr.  
Vorsitzender des Forums Forschung



auch die übrigen Achsen zur Forschungsförderungsgesellschaft FFG, zur Akademie der Wissenschaften, zur Christian Doppler Forschungsgesellschaft, zum Rat für Forschung und Technologieentwicklung sowie zum Wissenschaftsrat mittels eigens nominierten Kontaktpersonen gestärkt. Schließlich wurde eine Mitwirkung des Forums Forschung bei den Technologiegesprächen Alpbach 2007 in die Wege geleitet – ein erster Erfolg in dem Bemühen, das öffentliche Bewusstsein für die universitäre Forschung zu schärfen. mk

*Unter dem Titel „The Sustainability of Research“ wurde Anfang 2006 gemeinsam von Wissenschaftsministerium, Rektorenkonferenz und Wissenschaftsrat ein Workshop für die österreichischen Universitäten veranstaltet. Das Ziel bestand darin, Erfahrungen aus der Einführung einer nachhaltigen Vollkostenrechnung für Forschung an britischen Universitäten in Österreich zugänglich zu machen und die Fragen des „Costings“ und „Pricings“ von Forschung im Lichte der Anforderungen des UG 2002 zu diskutieren. Für den Workshop wurden zwei der renommiertesten UK-Experten, David Westbury und Pierre Espinasse, gewonnen, die ihre wertvollen Erfahrungen in der Entwicklung des Prozesses und der Implementierung seiner Ergebnisse zur Verfügung stellten.*

## FREMDENRECHT – EIN AKADEMISCHER JAHRMARKT DER PEINLICHKEITEN

**F** Im Frühjahr 2006 hatte die Österreichische Rektorenkonferenz (ÖRK) erstmals auf die untragbaren Entwicklungen für die heimischen Universitäten als Folge der Verschärfungen des Fremdenrechts hingewiesen. In einem Positionspapier des Forums Internationales wurde aus Anlass der drastischen Rückgänge bei den Studierenden aus visapflichtigen Staaten im Vergleich zum Vorjahr ein Forderungsprogramm verabschiedet, mit dem die ÖRK-Mitglieder in der Folge gezielt an die Öffentlichkeit gingen. Die harsche Kritik aus dem Munde von Rektoren und Vizerektoren, die das neue Fremdenrechtspaket (Asyl-, Fremdenpolizei-, Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz) als „Zumutung“ empfanden, vermochte die Ministerialbürokratie nur kurzfristig aus ihrem Alltagstrott aufzuschrecken. Nach anfänglicher Betriebsamkeit

stellte sich angesichts des für Herbst anberaumten Termins der Nationalratswahlen bald heraus, dass Gesetzesänderungen in der laufenden Legislaturperiode nicht mehr durchzusetzen waren.

Im Rückblick auf das abgelaufene Jahr zieht der Vorsitzende des ÖRK-Forums Internationales, TU-Wien-Vize rektor Hans Kaiser, eine ernüchternde Bilanz: Er sei von den zuständigen Stellen auf Regierungs- und Behördenebene „schwer enttäuscht“. Im Herbst 2006 habe es Gespräche zwischen Vertretern des Innen- und Wissenschaftsministeriums mit der ÖRK gegeben, bei denen Verbesserungen durch eine Neuinterpretation der Gesetze angekündigt wurden. „Mittlerweile ist klar“, so Kaiser, „dass sich von den Versprechungen kaum etwas bewahrheitet hat.“ Die Zusagen vor dem

Wahltermin, man würde die Schärpen und Kantten des Gesetzeswerks abschleifen, wurden schlicht nicht eingehalten.

Somit präsentierte sich auch zum Jahreswechsel 2006/07 die österreichische Universitätslandschaft für Studienwerber aus Drittstaaten wie zu Beginn des Sommersemesters 2006 eher ausgrenzend als einladend: Die Gefahr, an einer Alma Mater zwischen Innsbruck und Wien bzw. Linz und Graz ein Halbjahr zu verlieren oder am Weiterstudium gehindert zu werden, wurde nicht gebannt. Dabei hatte das im März 2006 vom Forum erstellte Positionspapier neben einer Mängelliste auch eine Reihe von Vorschlägen zur Abhilfe enthalten – darunter eine Rückkehr zum vereinfachten Erstantragsverfahren für Aufenthaltstitel von Studierenden sowie den Abbau bürokratischer Hürden, etwa die absurd anmutende Vorlage eines polizeilichen Führungszeugnisses von Forschern/innen aus deren Heimatland.

### Widerspruch zu EU-Bemühungen

In dem Bemühen der Republik Österreich, der internationalen organisierten Kriminalität das Handwerk zu legen und dem Missbrauch des Asylrechts Einhalt zu gebieten, wurden fundamentale bildungspolitische Grundsätze völlig ignoriert: Das fremdenrechtliche Regelwerk widerspricht nach wie vor jenen Bemühungen der Europäischen Union, die zu einer Vereinfachung und Steigerung der akademischen Mobilität sowohl bei den Studierenden als auch bei den Forschern/innen führen sollen. Darüber hinaus konterkariert das Fremdenrechtspaket 2005 die in den Leistungsvereinbarungen zwischen Universität und Ministerium festgehaltene Erhöhung der Internationalität: Der für die Budgetierung wesentliche Leistungsnachweis wird somit durch peniblen Vollzug des Fremdenrechts boykottiert. Als einen der wenigen Lichtblicke nach den Interventionen der ÖRK sieht Vizerektor Kaiser

die erklärte Bereitschaft des Wissenschaftsressorts, bei Aufnahmevereinbarungen von Doktoranden/innen und Post-Docs den Universitäten dann beizustehen, wenn die Haftungserklärung (für die Deckung der Lebensunterhaltskosten) schlagend werden sollte. Auch der

*„Ich kann nicht verstehen, warum man Wissenschaftler, die als Gäste an unsere Universitäten eingeladen werden, wie Drogendealer behandelt.“*

**Hans Karl Kaiser**  
Univ.-Prof. Dr.

Vorsitzender des Forums Internationales



zunehmende Verzicht auf die Präsentation des Strafregisterauszuges müsse als Errungenschaft bewertet werden. Darüber hinaus seien aber nach Ablauf des Jahres 2006 keinerlei Erleichterungen für Studierende wie Universitätspersonal aus Nicht-EU-Staaten zu orten. Eine Reihe von Musik- oder Medizinstudenten/innen werden auch 2007 nach Österreich einreisen müssen, um eine Aufnahmeprüfung absolvieren zu können. Nach erfolgreichem Abschluss bleibt ihnen aber nichts anderes übrig, als in ihr Heimatland zurückzukehren, wo sie ihre Visa- und Aufenthaltsmodalitäten zu erledigen haben. Diese unproduktive Wartezeit hat nicht selten den Verlust des Studienplatzes in Österreich zur Folge.

„Ich kann nach wie vor nicht verstehen, warum man Wissenschaftler, die als Gäste an unsere Universitäten eingeladen werden, wie Drogendealer behandelt – und Studierende, die nach Österreich wollen, wie Gauner“, lautet das Resümee von Vizerektor Kaiser. Als Vorsitzender des ÖRK-Forums setzt er noch eine letzte Hoffnung auf die für das Frühjahr 2007 in Aussicht gestellten Unterredungen mit Vertretern der zuständigen Ministerien. mk

## ENDSPURT IM MARATHONLAUF UM DEN KOLLEKTIVVERTRAG



**Rudolf G. Ardelt**  
Univ.-Prof. Dr.  
Vorsitzender  
des Dachverbandes  
der Universitäten

**R** Die Pessimisten unter den Verhandlungsteilnehmern/innen sollten 2006 nicht Recht behalten. Nach fast vierjährigen Gesprächen mit einer langen Pause und einem „Neubeginn“ der Verhandlungen im April 2006 wurde mit dem Jahreswechsel 2006/07 der Endspurt in einem hochschulpolitischen Marathonrennen – dem Abschluss eines Kollektivvertrages (KV) für Universitätsbedienstete – eingeläutet, somit die definitive Einigung zwischen Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) und dem Dachverband der Universitäten für das erste Quartal 2007 in Aussicht gestellt. Vorbehaltlich der finanziellen Bedeckung der (Mehr-)Kosten durch den Bund wäre mit diesem Schritt ein Systemwechsel vollzogen, bei

dem die Universitäten ein Vorbild auch für die Weiterentwicklung des Dienstrechtes im öffentlichen Sektor ein könnten.

Die wichtigsten Eckpunkte der neuen Vereinbarung lassen sich wie folgt aufzählen: Reduzierung der Verwendungsgruppen beim allgemeinen Personal der Universitäten, Neuverteilung des Lebenseinkommens – mit höheren Anfangsgehältern und abgeflachter Gehaltskurve, Abkehr vom Biennalsprungsystem zugunsten von vier bis sechs Zeitvorrückungen sowie Einbau leistungsbezogener Gehaltselemente, die den Dienstnehmern/innen die Chance gewähren, seine/ihre Lebensverdienstsumme zu erhöhen.

Dazu kommt das Angebot einer attraktiven Laufbahn für das wissenschaftliche Personal

mit dem neu geschaffenen Instrument der „Qualifizierungsvereinbarung“ mit der Universitätsleitung. Das System orientiert sich zwar an dem angloamerikanischen „tenure track“, also jener wissenschaftlichen Laufbahn, die bei Erfüllung von Qualifikationskriterien und -leistungen zum Status eines „associate professor“ in unbefristetem Dienstverhältnis und der fristabhängigen Erweiterung des Kündigungsschutzes führt. Doch sind in dem neuen KV Kündigungen auf allen Ebenen nach zweimaliger negativer Evaluierung möglich, also auch beim so genannten „full professor“.

### **Wissenschaftliche Karriere mit Qualifizierungsvereinbarung**

Die typische wissenschaftliche Karriere der Zukunft würde demnach in folgenden Abschnitten verlaufen: vier bis sechs Jahre befristete Anstellung nach dem Diplom als Universitätsassistent/in; im Anschluss Bewerbung für eine Laufbahnstelle als „assistant professor“ mit Abschluss einer Qualifizierungsvereinbarung für die kommenden maximal sechs Jahre (zum Beispiel mit dem Ziel der Habilitation); bei Erfüllung der Vereinbarung unbefristete Anstellung als „associate professor“; schließlich Bewerbung für den lukrativen Posten eines „full professor“. Mit dem neuen Laufbahnmodell würde man auch dem Ziel der EU-Charta näher rücken, das durchschnittliche Alter von Akademikern und Akademikerinnen beim Übergang zur selbstständigen wissenschaftlichen Tätigkeit (derzeit bei 40 Jahren) zu senken. Im Gegensatz zum bisher praktizierten Habilitationssystem, das auf einem eher passiven

Verhalten der Universität beruht, sieht die Qualifizierungsvereinbarung nicht nur die Festlegung und Überprüfung der Qualifikationserfordernisse an Nachwuchswissenschaftler/innen vor, sondern auch Verpflichtungen des Dienstgebers Universität gegenüber Dienstnehmern/innen, etwa das Angebot von Mobilitätsprogrammen und einen gesicherten Zugang zu Forschungsressourcen. Diese neue Möglichkeit für die Universität, eine aktive Rolle zu spielen, wird allerdings nur dann funktionieren, wenn eine vernünftige Personalauswahl betrieben und ein entsprechendes Controlling für die Personalentwicklung angestrebt wird – somit die zentrale Herausforderung für die Verantwortlichen an den einzelnen Universitäten. Bei falscher Handhabung müssen die einzelnen Unis Nachteile im Wettbewerb um die besten Köpfe gewärtigen. Diese tief greifenden Umstellungen – mit der zusätzlichen Realisierung der gesetzlich fixierten betrieblichen Pensionskassenregelung – erfordern allerdings auch zusätzliche finanzielle Mittel. Aus diesem Grund hat auch die Österreichische Rektorenkonferenz in ihrem Forderungsprogramm an die neue Bundesregierung ausdrücklich auf die Bereitstellung der notwendigen Mittel hingewiesen. Wenn die zuständigen Gremien auf Seite der Gewerkschaft und der Universitäten den KV-Entwurf wie vorgesehen absegnen und sowohl Wissenschafts- als auch Finanzministerium dem Vertragswerk ihre Zustimmung erteilen, sollte dem Inkrafttreten dieser zukunftsweisenden Vereinbarung mit 1. Jänner 2008 nichts mehr im Wege stehen.

## WISSENSBILANZ ALS ABSURDES THEATER AN DEN KUNSTUNIVERSITÄTEN



**Gerald Bast**  
Dr.  
Sprecher der Arbeitsgruppe  
Kunstuniversitäten

Die letzten Monate 2006 haben den Kunstuniversitäten neuerlich drastisch vor Augen geführt, dass das Leben nicht gerade einfach für sie ist in einer politisch-bürokratischen Kultur, in der dem Bedürfnis der Kunstuniversitäten nach sachlichen Differenzierungen mit Unverständnis oder Ablehnung begegnet wird: Die Wissensbilanz ist ein für die kleinen Kunstuniversitäten geradezu absurd hypertrophes Instrumentarium, das weder in der Wirtschaft noch in ausländischen Universitätssystemen Vorbilder hat. Zum Teil sind auch die Inhalte, die trotz intensiver Warnungen der Kunstuniversitäten nun erhoben werden müssen, so unsinnig, dass die Auswertungen bestenfalls verwirrend sein werden: Was soll zum Beispiel bei der „Anzahl künstlerischer Leistungen“ tatsächlich gezählt werden? Die Anzahl der gespielten Violinsonaten? Die Anzahl der komponierten Stücke – egal ob es eine Oper oder ein Lied ist? Die Anzahl der gemalten Bilder, Plastiken oder Grafiken? Die Anzahl der Videos oder Multimediainstallationen? Die Anzahl der Modeentwürfe – oder nur die der verkauften Modelle? Die Anzahl der angefertigten Architektorentwürfe – oder etwa nur die der gebauten? Die dem Formelbudget zugrunde liegende Formel vergleicht die einzelnen Kunstuniversitäten mit allen anderen Universitäten bei der Verän-

derung der Anzahl der Studienabschlüsse (einschließlich Doktoratsabschlüsse!) – im Wissen, dass die Kunstuniversitäten mit ihrem System der Zulassungsprüfungen bei weitem nicht die Dynamik der Studierendenzahlen und der Studienabschlüsse haben können wie die wissenschaftlichen Universitäten mit offenem Zugang. Die Formel vergleicht auch Kunstuniversitäten mit wissenschaftlichen Universitäten bei den Einnahmen aus Auftragsforschung und Einnahmen aus Förderungen des FWF – im Wissen, dass Kunstuniversitäten im Vergleich zu technisch-medizinisch-naturwissenschaftlich ausgerichteten Universitäten nur marginale Möglichkeiten der Drittmittelakquirierung haben, und im Wissen, dass Kunstuniversitäten nur im quantitativ minimalen Bereich der wissenschaftlichen Fächer Zugang zum FWF haben. Beide Instrumente sind während der letzten Regierungsperiode entwickelt worden, ohne den Argumenten der Kunstuniversitäten Gehör zu schenken. Es bleibt zu hoffen, dass sich die Kommunikationsqualität mit der zuständigen Ressortleitung und der Beamten-schaft verbessert. Anzeichen dafür gibt es. Sachgerechte Lösungen in den Bereichen Wissensbilanz, Budgetierung und Zugänglichkeit zum FWF (oder Schaffung eines eigenen Fonds für Kunstentwicklung) müssen dringend gefunden werden.

## DER EUGH ALS DAUERGAST AN DEN MEDIZINUNIVERSITÄTEN



**Gerhard Franz Walter**  
Univ.-Prof. DDr.  
Sprecher der Arbeitsgruppe  
Medizinische Universitäten

Das Hauptthema des vergangenen Jahres war zweifellos eine Fortsetzung aus 2005: die besondere Situation, die gerade die Medizinischen Universitäten durch das Urteil des Europäischen Gerichtshofes zum Hochschulzugang getroffen hat. Nach dem großen Andrang von deutschen Studierenden zu einem Medizinstudium in Österreich, der auch 2007 wieder Spitzenwerte verspricht, wurde 2006 der Hochschulzugang durch die so genannte „Quotenregelung“ neu konzipiert. Damit wurde die Anzahl der Studienplätze von Studierenden aus dem In- und Ausland festgelegt. Die Kapazitätsbeschränkung, die durch den sinnvollen Kleingruppenunterricht und eine intensive Befassung mit praktischen Elementen des Studiums entsteht, wird auch weiterhin ein breit diskutiertes Thema bleiben: Eine Weiterführung der bisherigen Zugangsregelung ist noch nicht fixiert. Ein anderer wichtiger Diskussionspunkt war und ist der Kollektivvertrag für Universitäts-

bedienstete. Wesentlich dabei ist die Einbindung der klinischen Medizin durch das Mitwirken vieler Ärzte und Ärztinnen in der Patientenversorgung. Daher müssen für Mitarbeiter/innen der Medizinischen Universitäten in diesem Bereich Sonderbestimmungen erarbeitet werden, welche die zeitintensive ärztliche Versorgungstätigkeit berücksichtigen. Im Rahmen der Leistungsvereinbarungen tauchte die Frage der Schwerpunktsetzungen an den Medizinischen Universitäten auf: Inwieweit sollen und können allgemeine Schwerpunkte an allen drei Standorten in Österreich vertreten sein? Teilweise thematische Überlappungen der Forschungsbereiche an den drei Standorten sind aufgrund einiger komplexer und auch weit verbreiteter Erkrankungen sinnvoll. Kooperationen zwischen den Medizinischen Universitäten – wie auch die interdisziplinäre Zusammenarbeit mit anderen Universitäten – sind jedenfalls zu begrüßen.

## REKTORENKONFERENZ: 2006 AUF DEM MENÜPLAN DER MEDIEN



**Manfred Kadi**  
Referent  
Öffentlichkeitsarbeit

Die Ausbeute im Medienspiegel war nicht ganz so hoch wie 2005 beim Hype rund um das EuGH-Urteil: Dennoch mischte die Österreichische Rektorenkonferenz (ÖRK) auch 2006 kräftig mit im journalistischen Wettbewerb um die bessere und aktuelle Story. Der täglich nach Nachschub gierende Medienmarkt bot genügend Raum, auch die Anliegen der Universitäten einem breiten Publikum näher zu bringen. Allein die Austria Presse Agentur stellte die ÖRK mit 41 Erwähnungen in die Auslage – nicht mitgerechnet politische Parteien, Institutionen und Interessenvertretungen, die sich in ihren eigenen Presseaussendungen auf die ÖRK bezogen. Sie alle sorgen für einen Multiplikatoreffekt, der eine wesentliche Voraussetzung dafür schafft, dass Zeitungen samt Online-Ausgaben, Hörfunk und Fernsehen die Aussagen der Rektorenkonferenz als Stimme der Universitäten zum „Endverbraucher“ transportieren.

Anders als im Selbstverständnis mancher Vertreter/innen politischer Parteien muss die ÖRK nicht den Schnittlauch auf allen Tagessuppen abgeben. Im Rhythmus der Wochenmenüs deckt sie mit ihrem Angebot – für die Branche schmackhaft und pfannenfertig zubereitet – nicht nur den Bedarf an Grundinformationen in den Redaktionen der Print- und elektronischen Medien ab. Auch der im dritten Jahr seines Bestehens von mehreren hundert Abon-

nenten gelesene ÖRK-Newsletter erregte mit so mancher „Eigengeschichte“ in den neun Ausgaben die Aufmerksamkeit von Redakteuren/innen und brachte etwa bei den aufgezeigten Auswüchsen rund um das Fremdenrecht einiges ins Rollen.

Der Herbsttermin der Nationalratswahl trug ein Übriges dazu bei, dass die Universitäten schon zuvor ins Blickfeld der Öffentlichkeit rückten, allerdings auch ins Visier der auf Stimmenfang fixierten Parteien. Der Präsident der Rektorenkonferenz Christoph Badelt nützte das gestiegene Interesse an Themen des tertiären Sektors, um über die Dauerbrenner wie Hochschulzugang und Studiengebühren hinaus den Diskurs mit neuen Impulsen, darunter die Forderung nach Studienplatzfinanzierung, in Einzelgesprächen mit Redakteuren/innen zu beleben. Die laufenden Interviewwünsche in- und ausländischer Reporter/innen richteten sich freilich nicht nur an den Präsidenten, sondern auch an andere Rektoren in Wien und den Bundesländern sowie an den Generalsekretär.

Für den ÖRK-Pressereferenten ist es selbstverständlich geworden, nicht nur die Berichterstatte/innen im Inland zu bedienen, sondern auch jene zwischen Berlin, München und Bratislava. Vor allem aus der slowakischen Hauptstadt ist Neugierde von TV-Teams erkennbar, was auch der Öffentlichkeitsarbeit neue Perspektiven der Osterweiterung eröffnet. 

## DER UNGLEICHE UNI-WETTBEWERB: EUROPAS NEWCOMER GEGEN DIE US-PROFIS



**Philipp Steger**  
Dr.  
Director & Attaché for  
Science & Technology  
Embassy of Austria,  
Washington

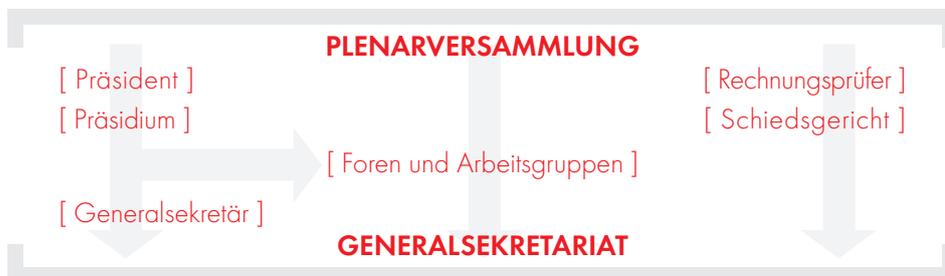
Universitäten, die miteinander im Wettbewerb um talentierte Studierende, prominente Professoren/innen, viel versprechende Wissenschaftler/innen und – vor allem – finanzkräftige Spender stehen, das ist eine zutiefst US-amerikanische Vorstellung. So ist es kaum verwunderlich, dass „Higher Education“ und universitäre Forschung milliardenschwere Märkte mit einer gemeinsamen Währung sind: dem öffentlichen „Image“ der jeweiligen Institution. Der monetäre Wert eines solchen „Image“ lässt sich auch beziffern. So wird die lange Liste der Gewinner des interuniversitären Wettbewerbs von Harvard mit einem „endowment“ von 29 Milliarden US-Dollar im Jahr 2006 angeführt, gefolgt von Yale mit 18 Milliarden und Stanford mit 14 Milliarden US-Dollar. Abgesehen davon, dass nicht überall, wo Harvard drauf steht, auch Harvard drin ist, hat dieser Wettbewerb natürlich auch seine Verlierer. Zu diesen zählt unter anderem die amerikanische Öffentlichkeit, denn den vereinzelt Spitzen steht eine große Menge an im Vergleich zu europäischen Universitäten gegenüber – Universitäten, mit denen die breite Masse vorlieb nehmen muss (und für dieses zweifelhaft Privileg auch gleich ordentlich zur Kasse gebeten wird).  
Wen juckt's? Nun, jucken sollte es diejeni-

gen, die – vom unwiderstehlichen Reiz eines globalen Trends beseelt – die europäischen (und mit ihnen die österreichischen) Universitäten der Welt als die nächsten Spitzenuniversitäten präsentieren wollen. Sie übersehen dabei allerdings, dass ihrem Wunsch, quasi über Nacht eine in Jahrhunderten von ganz anderen Rahmenbedingungen geprägte Kultur abzuwerfen, um endlich bei den vermeintlich Großen mitmischen zu können, die ernüchternde Realität der Anfänger unter Profis gegenüber steht.

In diesem Konkurrenzkampf, dessen Spielregeln von US-amerikanischen Universitäten geschrieben wurden, treten die Europäer als relative „newcomers“ aus einer schwierigen Ausgangsposition in einen Aufholwettbewerb, bei dem mit einer Währung gehandelt wird, die in dieser Form für viele europäische Universitäten Neuland ist.

Im derzeitigen beinahe manischen Bemühen, europäische Harvards und MITs zu gründen, täten wir gut daran, uns zu erinnern, dass wir viel zu verlieren haben: Als ich mich vor rund 17 Jahren entschloss, Jus zu studieren, konnte ich dies mit der Sicherheit tun, mir das Studium leisten zu können und an jeder österreichischen Universität eine sehr gute Ausbildung zu bekommen. In den USA wäre weder das eine noch das andere eine Gewissheit gewesen.

## ORGANE



### FOREN

Foren sind Plattformen zur Kommunikation und Koordination zwischen den Mitgliedern der Rektorate in fünf Fachbereichen:

#### Budget und Ressourcen

**Vorsitz:**

Rektor *Manfried Gantner*  
Universität Innsbruck

**Subarbeitsgruppen:**

Wissensbilanz  
Bibliotheksfragen  
Bundesimmobiliengesellschaft (BIG)  
Wartungsverträge

#### Forschung und Erschließung der Künste

**Vorsitz:**

Vizekanzler *Friedrich Zimmermann*  
Universität Graz

**Subarbeitsgruppen:**

Wissensbilanz  
IPR / uni:invent  
EU-Forschung / 7. Rahmenprogramm  
Gesamtösterreichische Forschungs-  
dokumentation  
Uni-Infrastruktur & Grundlagenforschung

#### Lehre

**Vorsitz:**

Vizekanzler *Arthur Mettinger*  
Universität Wien

**Subarbeitsgruppe:**

Doktoratsprogramme

**Task Force:**

Lehramt

#### Internationales

**Vorsitz:**

Vizekanzler *Hans Karl Kaiser*  
Technische Universität Wien

#### Personal

**Vorsitz:**

Rektor *Rudolf G. Ardelt*  
Universität Linz

### AD-HOC-ARBEITSGRUPPEN

Steuerungsgruppe Hochschulzugang  
Österreichischer Austauschdienst (ÖAD)  
Wiener Rektoren  
Berufungsverfahren  
Campuskauf

## ARBEITSGRUPPEN

Arbeitsgruppen dienen der Behandlung spezifischer Anliegen bestimmter Typen von Universitäten:

### Kunstuniversitäten

**Sprecher:**

Rektor Gerald Bast  
Universität für angewandte Kunst Wien

### Medizinische Universitäten

**Sprecher:**

Rektor Gerhard Franz Walter  
Medizinische Universität Graz

## TERMINE DER PLENARVERSAMMLUNGEN 2006

- 10. ordentliche Plenarversammlung**  
am 23. Jänner 2006  
Universität Wien
- 11. ordentliche Plenarversammlung**  
am 3. April 2006  
Montanuniversität Leoben
- 12. ordentliche Plenarversammlung**  
am 29. Mai 2006  
Akademie der bildenden Künste
- 3. außerordentliche Plenarversammlung**  
am 4. September 2006  
Wirtschaftsuniversität Wien
- 13. ordentliche Plenarversammlung**  
am 16./17. Oktober 2006  
Universität Innsbruck
- 14. ordentliche Plenarversammlung**  
am 4./5. Dezember 2006  
Medizinische Universität Wien

## ÖRK-AKTIVITÄTEN 2006 IN ZAHLEN

Plenarversammlungen	6
Präsidiumssitzungen	10
Sitzungen der Foren und (Sub-)Arbeitsgruppen	55
Sitzungen des Dachverbandes der Universitäten	32
Tagungen, die von der ÖRK (mit)veranstaltet wurden	1
Beschickte Tagungen im Ausland	25
Beschickte Tagungen im Inland	51
Sonst. Sitzungen mit ÖRK-Teilnahme	227
Empfänge ausländischer Gäste	6
Pressekonferenzen	2
Presseaussendungen	8
Offizielle Stellungnahmen	13

## VEREIN ZUR FÖRDERUNG DER ÖRK

**Vorstand:**

**Präsident:**

Generaldirektor Dr. Walter Rothensteiner

**Stellvertreter des Präsidenten:**

Rektor Univ.-Prof. Dr. Christoph Badelt

**Schriftführer:**

Univ.-Prof. Dr. Manfred Welan

**Kassier:**

Dr. Gerhard Riemer

## ORGANE

### ORGANE DER ÖSTERREICHISCHEN REKTORENKONFERENZ

#### PRÄSIDENT

**Christoph Badelt**

Wirtschaftsuniversität Wien

**Gerald Bast**

Universität für angewandte Kunst Wien

**Hubert Dürstein**

Universität für Bodenkultur

**Wolfgang Schütz**

Medizinische Universität Wien

**Hans Sünkel**

Technische Universität Graz

**Georg Winckler** (kooptiert)

Universität Wien

#### PRÄSIDIUM

**Manfried Gantner**

Vizepräsident, Universität Innsbruck

**Rudolf G. Ardelt**

Universität Linz

#### PLENARVERSAMMLUNG

**Universität Wien**

Rektor Univ.-Prof. Dr. Georg Winckler

**Medizinische Universität Wien**

Rektor Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Schütz

**Universität Graz**

Rektor Univ.-Prof. Dr. Alfred Gutschelhofer

**Medizinische Universität Graz**

Rektor Univ.-Prof. DDr. Gerhard Franz Walter

**Universität Innsbruck**

Rektor Univ.-Prof. Dr. Manfried Gantner

**Medizinische Universität Innsbruck**

Rektor Univ.-Prof. Dr. Clemens Sorg

**Universität Salzburg**

Rektor Univ.-Prof. Dr. Heinrich Schmidinger

**Technische Universität Wien**

Rektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Peter Skalicky

**Technische Universität Graz**

Rektor Univ.-Prof. Dr. Hans Sünkel

**Montanuniversität Leoben**

Rektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing.  
Dr. Wolfhard Wegscheider

**Universität für Bodenkultur Wien**

Rektor Univ.-Prof. Dipl.-Fw. Dr. Hubert Dürstein

**Veterinärmedizinische Universität Wien**

Rektor Wolf-Dietrich Freiherr von Fircks

**Wirtschaftsuniversität Wien**

Rektor Univ.-Prof. Dr. Christoph Badelt

**Universität Linz**

Rektor Univ.-Prof. Dr. Rudolf G. Ardelt

**Universität Klagenfurt**

Vizerektorin Univ.-Prof. Dr. Petra Hesse  
ab 1. April 2006

Rektor Univ.-Prof. Dr. Heinrich C. Mayr

**Akademie der bildenden Künste Wien**

Rektor Univ.-Prof. Dr. Stephan Schmidt-Wulffen

**Universität für angewandte Kunst Wien**

Rektor Dr. Gerald Bast

**Universität für Musik  
und darstellende Kunst Wien**

Rektor Univ.-Prof. Dr. Werner Hasitschka

**Universität Mozarteum Salzburg**

Vizerektor Univ.-Prof. Mag.

Gottfried Holzer-Graf

ab 1. Oktober 2006

Univ.-Prof. Reinhart von Gutzeit

**Universität für Musik  
und darstellende Kunst Graz**

Rektor em. Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Otto Kolleritsch

**Universität für künstlerische  
und industrielle Gestaltung Linz**

Rektor Univ.-Prof. Dr. Reinhard Kannonier

## GENERALSEKRETARIAT

**Heribert Wulz**  
Mag.  
Generalsekretär



**Doris Schöberl**  
Mag.  
Stellvertretende  
Generalsekretärin  
ab 1. Mai  
Rechtsfragen  
Dachverband der  
Universitäten



**Julia Prikoszovits**  
Mag.  
Stellvertretende  
Generalsekretärin  
Budget, Forschung  
bis 30. April



**Gerda Priessnitz**  
Internationales



**Elisabeth Westphal**  
Mag.  
Bologna-Prozess  
Hochschulbildung in Europa  
Lehre



**Manfred Kadi**  
Öffentlichkeitsarbeit



**Klaus  
Puchbauer-Schnabel**  
Mag.  
Budget, Forschung  
ab 19. Juni



**Sylwia Krul**  
Sekretariat



**Margit Zagiczek**  
Sekretariat



## GASTGEBER DER REKTORENKONFERENZ

**Bank Austria  
Creditanstalt**

Ein Mitglied der  UniCredit Group



**F** Anfang Dezember des Vorjahres war die Bank Austria Creditanstalt (BA-CA) Gastgeber für einen Empfang der Österreichischen Rektorenkonferenz. Gefeierte wurde in den Räumlichkeiten der BA-CA International am Wiener Stephansplatz. Vorstandsvorsitzender Erich Hampel nutzte die Gelegenheit, den Präsidenten der Österreichischen Rektorenkonferenz Christoph Badelt und 13 weitere Rektoren persönlich zu begrüßen. Direktor Walter Zambelli gab in seiner Tischrede der Hoffnung auf weiterhin gute Zusammenarbeit mit den heimischen Hochschulen Ausdruck und stellte gleichzeitig Günther Gruber als neuen Kundenbetreuer der Wiener Universitäten vor. Gruber hat seine Funktion im August 2006 übernommen. In den zahlreichen Gesprächen mit den Rektoren wurden verschiedene aktuelle Themen diskutiert.

### **Traditionsreiche Partnerschaft**

Die Partnerschaft zwischen der BA-CA und Österreichs Universitäten hat eine langjährige Tradition. Seit den 80er Jahren betreut die Bank Professoren, Assistenten und Studenten. Mit der Einführung der Vollrechtsfähigkeit für die heimischen Hochschulen 2004 hat sich die Zusammenarbeit weiter intensiviert. Doch die Kooperation ist nicht nur auf Finanzdienstleistungen beschränkt. Die BA-CA unterstützt die Universitäten auch bei der Veranstaltung von Konferenzen und Symposien, beim Druck von

Skripten und Broschüren sowie bei Weiterbildungsseminaren und Studenten-Workshops zur Berufsvorbereitung.

### **Gemeinnützige Stiftungen**

An der Universität Wien, der Wirtschaftsuniversität Wien, der Veterinärmedizinischen Universität, der Technischen Universität Wien sowie an der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Innsbruck unterhält die BA-CA gemeinnützige Stiftungen zur Förderung der Wissenschaft und Forschung. Im Rahmen dieser Stiftungen werden Stipendien vergeben, einzelne universitäre Projekte unterstützt, Forschungspreise ausgelobt, interdisziplinäre Initiativen gefördert, Vorlesungsschwerpunkte gestaltet, Austauschprogramme gesponsert und wissenschaftliche Projekte in einer vielfältigen Breite realisiert. An der Medizinischen Universität Graz unterstützt die BA-CA als Namenssponsor das internationale „Visiting Scientists“-Programm und damit den grenzüberschreitenden Erfahrungs- und Wissensaustausch.

Als starker Know-how-Partner berät die Bank Austria Creditanstalt Österreichs Universitäten, ihre Mitarbeiter und Studierenden in allen Finanzfragen. Das Beratungsspektrum reicht von Studentenkonten über Abfertigungsrückstellungen und Pensionsvorsorge bis hin zum Cash Management.



